

An den Export von AKW-Abfällen denken

Kritik an Doktrin des Bundes

dsc. · Die Suche nach einem Tiefenlager für radioaktive Abfälle geht von einer Lagerung im Inland aus. Nun verlangt aber eine im Auftrag des Bundesamts für Energie (BfE) verfasste Studie zu ethischen Fragen ein anderes Vorgehen. «Die Behörden müssen sich mit der Option eines allfälligen Exports nuklearer Abfälle auseinandersetzen», heisst es. Die Behörden müssten dafür auch in internationale «politische Beratungen» eintreten. Eine freiwillige, demokratisch abgestützte Übernahme der Tiefenlager-Last durch einen anderen Staat sei zwar «gering», aber nicht «verbaut», so die Studie. Ähnliches verlangen immer wieder parlamentarische Vorstösse, jüngst etwa von Peter Keller (svp., Nidwalden). Der Bundesrat bezeichnet in seiner Antwort dazu eine Endlagerung im Ausland als aussen- und innenpolitisch nicht denkbar.

Auch beim heute nicht vorgesehenen Vetorecht der Standortgemeinden regt die Studie Änderungen an: «Das Vetorecht darf der regional betroffenen Bevölkerung nicht vorenthalten werden.» Dies passe nicht zu einem aufklärerischen Diskurs, so die von einer Beratungsfirma ausgehende von Analysen des Philosophen Andreas Brenner und diverser Befragungen erstellte Studie. Diese attestiert der bisherigen Debatte «Vernebelungsdiskurse».

Das BfE hat den Text in einem Blog in distanzierter Art publiziert und stellt fest, dass einiges bereits erfüllt sei, etwa die «intensive und ergebnisoffene Debatte» oder die Forderung nach dem Verursacherprinzip (durch die stärkere finanzielle Belastung der AKW-Betreiber über die Entsorgungsfonds). Einige Vorschläge seien laut dem BfE aber «nicht sinnvoll» und würden – etwa die Exportfrage – von den befragten Philosophen unterschiedlich beantwortet.

Schaffhausen in der Sparfalle

Nach dem Verdikt des Stimmvolks muss die Regierung erstmals ohne Budget agieren

Der Kanton Schaffhausen sitzt in der Sparfalle. Am Sonntag hat das Stimmvolk das Budget 2015 verworfen, nun droht Stillstand, weil keine Investitionen getätigt werden können. Offen ist, wie der Kanton zum finanziellen Gleichgewicht zurückfindet.

Jörg Krummenacher, Schaffhausen

Kompromisse haben es gelegentlich schwer vor dem Souverän. Das Schaffhauser Kantonsparlament beschloss im vergangenen November mit 34:21 Stimmen, den Steuerfuss um zwei Prozentpunkte zu erhöhen und gleichzeitig Ausgabenkürzungen in Höhe von 3,3 Millionen Franken vorzunehmen. Die Bürgerlichen wollten eigentlich gar keine Steuererhöhung, während die Ratslinke Kürzungen im Sozial- und Bildungsbereich ablehnte. Seit Sonntag ist der Kompromiss vom November Makulatur: Das Stimmvolk hat das Budget relativ klar mit 54,4 Prozent Nein-Stimmen verworfen. Das Rechnen und Debattieren kann von vorne beginnen.

40 Millionen Franken fehlen

Die strittigen Massnahmen waren Teil des Entlastungspakets, mit dem Schaffhausen seinen Staatshaushalt innert dreier Jahre wieder ins Lot bringen will – eine wenig beglückende Aufgabe, wie sie die meisten anderen Kantone ebenfalls bewältigen mussten oder müssen. 40 Millionen Franken sind es, die in Schaffhausen zu einer ausgeglichenen Rechnung fehlen.

Gemäss Kantonsverfassung kann gegen ein Budget das Referendum ergriffen werden, sofern es eine Änderung des Steuerfusses einschliesst. Die

se Chance nutzten SP und Juso, obwohl sie – Ironie der Politik – keineswegs gegen die Steuererhöhung waren, sondern letztlich einzelne Kürzungen im Sozial- und Bildungsbereich nicht mittragen wollten. Die Volksmehrheit hat ihnen, allerdings mit disparaten Motiven, recht gegeben.

Heikle Kürzungen

Mit ihrem Budgetreferendum wollte die Linke ein Zeichen setzen gegen den, wie sie es nennt, «asozialen Sparwahn» des Entlastungspakets, das in diversen Teilen erst noch vom Kantonsrat beraten wird. Bereits für das Budget 2015 waren aber Einsparungen etwa bei IV-Heimen vorgesehen, ausserdem die Aufhebung von zwei Berufsvorbereitungsklassen, die Streichung von Beiträgen an die freiwilligen gestalterischen Vorkurse oder geringere Schulgeldbeiträge für Berufs- und Handelsmittelschulen. Den Spareffekt allein dieser umstrittenen Massnahmen bezifferte der Kanton mit 937 000 Franken.

Innerhalb von drei Wochen will die Regierung nun eine neue Budgetvorlage ausarbeiten, die Ende Juni vom Kantonsrat behandelt werden soll. Für Finanzdirektorin Rosmarie Widmer Gysel stellt sich dabei das Problem, das Abstimmungsergebnis «richtig» zu interpretieren und eine breit akzeptierte Balance zwischen Mehreinnahmen und Sparmassnahmen zu finden. «Beides tut den Leuten weh», sagt sie: «mehr Steuern zahlen und sparen».

Widmer lässt denn auch offen, in welche Richtung die Regierung gehen könnte. Einerseits habe sich die bürgerliche Ratsmehrheit schon mit der Steuererhöhung um zwei Prozent schwergetan, andererseits sei man bei den sozialen Kürzungen vielleicht etwas zu wenig sensibel gewesen. Die Regierung

habe sich bei ihrem Massnahmenpaket aber auf den Quervergleich mit anderen Kantonen gestützt und dort Kürzungen vorgenommen, wo Schaffhausen überdurchschnittlich hohe Ausgaben gehabt habe.

Abstriche am Entlastungspaket will die Regierung jedenfalls nicht vornehmen. Jene Elemente, über die der Kantonsrat noch zu entscheiden hat, liegen ohnehin bereits bei dessen Spezialkommission. Das Parlament aber wird nicht umhinkommen, auf das Votum des Stimmvolks zu reagieren. Sonst drohen bei weiteren Abstimmungen über das Entlastungspaket weitere Niederlagen.

Notbudget bis Ende Juli

Frühestens Ende Juli, wenn die neuerliche Referendumsfrist verstrichen ist, wird Schaffhausen über ein gültiges Budget verfügen. Bis dahin dürfen nur gebundene Ausgaben getätigt werden – eine Situation, in der sich Schaffhausen erstmals überhaupt befindet und die von Rosmarie Widmer Gysel als äusserst unangenehm bezeichnet wird. Investitionen sind nicht erlaubt, sofern sie nicht als dringlicher Unterhalt gelten. Weder könne die Regierung Weiterentwicklungen tätigen noch eine proaktive Politik betreiben, bedauert die Finanzdirektorin. «Auch wenn die Bevölkerung das aktuell nicht spürt, wird es auf die Dauer Mehrkosten verursachen.» Bei den Einnahmen entfallen für den Kanton derzeit auch die zusätzlichen Steuerprozent, auf die er eigentlich angewiesen wäre. «Uns tut jeder Franken weh», sagt Widmer Gysel.

Auch die Kantonsangestellten müssen warten: auf die vom Parlament eigentlich gewährte durchschnittliche Lohnerhöhung um 0,8 Prozent. Diese bleibt, wie der gesamte Staatsvoranschlag, in der Schwebe.

Forscher arbeiten an Pädophilie-Detektor

Projekte in Basel und Zürich

(sda) · Forscher in Basel und Zürich arbeiten an einem Gehirntest, der Pädophile erkennen soll. Damit könnte dereinst genauer eingeschätzt werden, wie gefährlich ein Straftäter ist. In Basel haben bereits 43 Männer an dem Experiment teilgenommen: 20 Straftäter, die Kinderpornografie konsumiert oder Kinder missbraucht hatten, sowie 23 Normalbürger. Sie alle liessen sich an Kopf und Fingern verkabeln und lösten Testaufgaben. Dabei wurden sie durch Kinderfotos abgelenkt. Die Apparate massen, wie stark die Ablenkung ausfiel und was die Probanden stimulierte.

Die «Sonntags-Zeitung» und «Le Matin Dimanche» hatten erstmals über die Experimente berichtet. Sie werden von Forschern der Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel durchgeführt. Das Projekt wird vom Bundesamt für Justiz finanziell unterstützt, wie ein Sprecher auf Anfrage bestätigte. Parallel zum Basler Projekt bereiten auch Forscher der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich solche Tests vor.

Der Antrieb für ihre Experimente sei ein Unbehagen gegenüber den heutigen Methoden, mit denen die Gefährlichkeit von Tätern eingeschätzt wird, sagen Vertreter beider Projekte. Es sei schwierig, pädophile Neigungen zu erfragen oder zu messen, wenn der Proband nicht bereit sei, darüber Auskunft zu geben, erklärt Andreas Mokros, der das Projekt in Zürich leitet.

Mokros wie auch Marc Graf vom Basler Projekt sind sich der Brisanz ihres Unterfangens bewusst. Die Experimente wecken Ängste vor flächendeckenden Gehirntests ohne Anfangsverdacht und einer systematischen Vermessung des Gehirns auf der Suche nach kriminellen Neigungen. Von den beiden Zeitungen befragte Richter äusserten denn auch grundsätzliche Bedenken.

NZZ Weiter gedacht.

Die Geschichte des Luzerner Mosts: Kultur, Architektur und Kulinarik

Neu



Ein Volkskunde-Buch der besonderen Klasse: Es erzählt reich bebildert die Kulturgeschichte des Luzerner Mosts mit seinen heute umgenutzten Mostereien.

An südlicher Exposition zum Vierwaldstättersee zwischen Luzern und Küsnacht am Rigi gelegen, boten Klima und Boden von Meggen die Basis für eine schöne Erfolgsgeschichte. Die Bauern schufen ein Terroir für Obst, kultivierten Anbau und Verarbeitung von Birnen und Äpfeln zu Most und lieferten Tafel Früchte in die nahe Stadt Luzern. Zu den ergiebigsten Zeiten standen 22 000 Obstbäume auf Megger Boden.

Heiri Scherer (Hrsg.)

Most

Kultur, Architektur, Kulinarik – das Erbe vom Vierwaldstättersee.

Mit Beiträgen von Benno Furrer und Paul Imhof.

2015. 216 S., 160 Abb., gebunden

Format 19 x 26,2 cm, Fr. 48.–*/€ 48.–



#Zentralschweiz

NZZ Libro

nzz-libro.ch



Bestellung

Bitte senden Sie mir mit Rechnung:

Heiri Scherer (Hrsg.)

Most

Fr. 48.–*/€ 48.–

ISBN 978-3-03810-014-0

Name, Vorname

Strasse, Nr.

PLZ, Wohnort

Telefon

E-Mail

Datum, Unterschrift

*Unverbindliche Empfehlung für Frankenpreise. Preisänderungen vorbehalten.

NZZ Libro

Buchverlag Neue Zürcher Zeitung
Postfach, CH-8021 Zürich
Telefon +41 44 258 15 05
Fax +41 44 258 13 99
nzz.libro@nzz.ch, www.nzz-libro.ch

Erhältlich auch in jeder Buchhandlung und im NZZ-Shop, Falkenstrasse/Ecke Schillerstrasse, Zürich